

***E**s ist vollbracht: dank dem grossen Einsatz der verantwortlichen Taskforce unter dem bewährten Kämpfer Jürg Schwegler, dem Vorstand der Kantonalen Ärztesgesellschaft und unserem rührigen Geschäftsführer Sven Bradke sowie last not least vieler grundversorgender Kollegen konnte der Abstimmungskampf «Nein zur Änderung des Gesundheitsgesetzes» im Kanton Zürich deutlich gewonnen werden. Es lohnt sich, zum Jahresanfang nochmals auf diesen denkwürdigen 30. November 2003 zurückzublicken und auch etwaige entsprechende Lehren für später daraus zu ziehen.*



nötig. Zum Zweiten legten wir dar, wie die Compliance des Patienten und das Kostenbewusstsein beim Arzt und beim Kranken durch die ärztliche Medikamentenabgabe verbessert wird. Zum Dritten schliesslich wurden unsere weiteren altbekannten Argumente in

Rückblick und Ausblick

Nachdem in den letzten Jahren in mehreren deutschschweizerischen Kantonen (so vor allem in Bern und Graubünden) die Ärztliche Medikamentenabgabe (besser als DMA, direkte Medikamentenabgabe) nach entsprechenden Volksabstimmungen drastisch eingeschränkt worden war, ist es nun im grössten Kanton zu einer Trendwende gekommen. Dies hat hoffentlich eine Signalwirkung auf weitere kantonale regierungsrätliche Bestrebungen, die uneingeschränkte Medikamentenabgabe durch den behandelnden Arzt gesetzlich einzudämmen und damit die Apotheker und den postalischen Medikamentenvertrieb zu privilegieren.

Der Abstimmungskampf wurde von unserer Seite aus fair, aber heftig geführt. In den Mittelpunkt der Kampagne stellten wir das Primat, der Patient solle selber entscheiden können, woher und wie er die Medikamente beziehen will. Dazu ist er schliesslich legitimiert und auch befähigt; eine staatliche Intervention ist nicht

einem hilfreichen «Argumentarium» rechtzeitig den Kollegen in Zürich zur Verfügung gestellt. Sie vermochten den Stimmbürger mehr zu überzeugen als die teilweise sehr provokativen und vielfach unwahren Verlautbarungen der Gegenseite.

Die Inserate und Plakate verfehlten ihren Zweck nicht. Den Verantwortlichen für diese Sparte möchte ich mein Lob aussprechen. Die Nein-Inserate waren klar und aussagekräftig, nie verletzend, aber doch sehr treffsicher. Noch mehr beachtet wurden aber sicher die unzähligen Leserbriefe beider Seiten. Deren Lektüre war interessant, oft amüsant (Stichwort: Galgenhumor), vielfach aber leider nicht immer zutreffend. Die Gegenseite beharrte auf den altbekannten Klischees: Ärztliche Medikamentenabgabe bedeute lediglich «Verdienstopptimierung», das heisst Abzockerei durch die Ärzteschaft, sowie: «Wer verschreibt verkaufe nicht» (mit fragwürdigem Hinweis auf die Kontrollfunktion in der Apotheke).

Eine konkrete Stellungnahme zu den Argumenten der Ärzteschaft blieb in den Leserbriefen der Ja-Befürworter fast durchwegs aus oder glitt ins Polemische ab. Die Leserbriefe auf unserer Seite brachten hingegen die verschiedensten begründeten Argumente ins Feld – sie sprachen allesamt für sich. Leserbriefe sind in einem Abstimmungskampf halt doch immer besonders hilfreich.

Bedauerlich war hingegen die Tatsache, dass entgegen mancher Parteiparolen («Nein bleibt Nein») die bürgerliche Presse (besonders auch die NZZ!) mehrheitlich redaktionelle Stellungnahmen zugunsten der Gesetzesänderung und damit gegen die berechtigten Anliegen der Ärzteschaft abgab. Es ist unerfreulich, dass das liberale Denken bei der Presse so enge Grenzen hat.

Nichtsdestotrotz – die Zahl der Nein-Stimmen hat gegenüber der letzten Abstimmung im Jahre 2001 noch zugenommen (total 59%), und erfreulicherweise konnten auch zwei Zürcher Stadtkreise geknackt werden (bisher eine Hochburg der Apotheker-Lobby). Die Meinungsäußerung ist unmissverständlich und sollte nun endlich auch von der Regierung und den Gesetzgebern in Stadt und Land zur Kenntnis genommen und umgesetzt werden. Die Mehrheit der Zürcher Stimmbürger (wie in vielen anderen Kantonen) wünscht die Wahlfreiheit des Medikamentenbezugs und anerkennt die Vorteile der ärztlichen Medikamentenabgabe.

Dies verpflichtet! Unsere Vereinigung, die APA, wird weiter für die gute Sache kämpfen. Der Vorstand und der initiative Geschäftsführer Sven Bradke werden nicht auf den Lorbeeren ausruhen, sondern weiterhin alle zweckdienlichen Massnahmen zur weiteren Liberalisierung der Medikamentenabgabe auch in den Städten des Kantons Zürich und im ganzen Land unterstützen. Dazu brauchen wir aber auch die tätige (und nicht nur verbale) Mitarbeit aller Mitglieder. Wir zählen auf die Unterstützung der gesamten Ärzteschaft, auf den Grundversorger und auf den Spezialisten, auf den Inhaber einer bisherigen Bewilligung zur «Selbstdispensation» wie auf die weiteren Interessierten für eine ganzheitliche medizinische Behandlung, zu der nun einmal auch die ärztliche Medikamentenabgabe gehört. Wir zählen aber auch darauf, dass ein jeder Arzt mit diesem verdienten Privileg korrekt, kostenbewusst und nur dem Wohl des Patienten verpflichtet umgeht. Ein Kampf ist in Zürich nun erfolgreich gewonnen, das Ziel ist aber noch nicht erreicht.

Hans-Ulrich Kull
Präsident APA